

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

15.3.1861 (No. 63)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 15. März.

N. 63.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expeditio: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

Konfordsdebatte in der württembergischen Kammer.

II.

Stuttgart, 13. März. In der Zweiten Kammer wurde heute die Verhandlung bei gleich starkem Andrang zu den Gallerien fortgesetzt. Es wurde, da abermals nur 5 Redner zum Wort kamen, und am Schluß der Sitzung noch 27 eingeschrieben waren, klar, daß die Debatte wohl kaum vor Ende der Woche zum Schluß kommen wird. Uebrigens zeigt sich jetzt schon aus der sich kundgebenden Stimmung, daß der Mehrheitsantrag nicht durchbringen, vielmehr der Minderheitsantrag der Kommission (auf gänzliche Verwerfung des Konfords) eine nicht unansehnliche Majorität in der Kammer erlangen wird.

Sarwey ergriff zuerst für den Mehrheitsantrag das Wort. Er glaube nicht an den (von Sarwey ausgesprochenen) Jahrhunderte andauernden Jubel über die allseitige Annahme des Minderheitsantrags. Sein Standpunkt in der kirchlichen Frage sei der, daß eine Kirche eine solche innere Autorität gewinnen müsse, daß sie den Glauben wahren lassen könne, ihre Freiheit und Unabhängigkeit bewahre und die Bewahrung ihrer inneren Angelegenheiten frei habe. In dieser Freiheit werde auch das Mittel zu einer gedeihlichen Wirksamkeit der Kirche liegen. Man solle Gott geben, was Gottes sei, und dem Kaiser, was des Kaisers sei. Auch die protestantische Kirche werde dadurch größere Freiheiten erhalten. Nachdem einmal eine Spaltung in der christlichen Kirche bestünde, sei es Aufgabe, daß diese Spaltung der Kirche unschädlich gemacht werde und der konfessionelle Friede erhalten bleibe. Hiefür sich auszusprechen, habe er auch ein politisches Motiv, denn kirchliche Spaltungen führen zur Unmacht, und es liege in den deutschen Interessen, dem Ausland gegenüber, daß kein religiöser Hader gebaut werde. Der Weg der Verständigung mit Rom sei schon in der Verfassung vorgezeichnet.

Hölder: Wenn es sonst die Aufgabe der Stände sei, die Rechte des Landes gegenüber der Krone zu verteidigen, so liege heute die höhere Pflicht der Kammer ob, die Rechte der Krone gegenüber von deren Statthaltern zu verteidigen. Die Krone habe sich mit diesem Vertrage Ansprüche gefügt, deren Gewährung die Staatsgewalt für immer von einer ihr fremden Macht abhängig machen würde, deren Gewährung auf ewige Zeiten Quelle des Haders zwischen Staat und Kirche sein würde. Es sei notwendig, die geeigneten Maßregeln zu ergreifen zur Beseitigung des gemachten Attentats. Niemand, der die Altentate lese, werde den mindesten Zweifel darüber haben können, daß es hier um einen wirklichen Vertrag sich handeln solle. Den Beweis liefere auch der päpstl. Potest gegenüber der babilonischen Regierung. Man sehe aus diesem Vorgehen der Kurie, welche an den Protest der Stände in Baden sich nicht gekümmert habe, in welcher gefährlichen Situation die Regierung jetzt schon unser Land gebracht habe, indem die Kurie um die Proteste unserer Stände sich eben so wenig kümmern würde. Der Redner wendet sich sofort gegen den Satz, welchen man von dem Departementschef gehört habe, daß in späteren Zeiten, bei geänderten Bedürfnissen, der Vertrag auch wieder abgeändert werden könne, und sagt, durch einen solchen Satz werde alles positive Recht zerstört. Derartige Erklärungen könnten nur dazu dienen, die Rechtsbegriffe zu verwirren, keineswegs aber das Land zu beruhigen. Daß beide Theile einen, jeden Theil bindenden Vertrag abschließen wollten, sei einleuchtend. Es sei die Pflicht der Verammlung, gegen den Versuch, einen solchen unsern innersten Staatswesens widerstrebenden Vertrag einzuführen, sich zu erheben.

Nicht das Recht der katholischen Württemberg, sondern das Recht der allgemeinen katholischen Kirche sei nach der Auffassung der Kurie durch die Konvention zur Anerkennung gebracht worden. Die Grundzüge des Kurialsystems seien durchaus unverträglich mit dem Oberhoheitsrechten des Staates. Wenn die Kirche der Ansicht sei, einer weltlichen Gewalt unter keinen Umständen sich unterordnen zu dürfen, so sei eine solche Unterordnung unter eine fremde Gewalt dem Staate eben so unumgänglich. Eben so verwerflich als in formeller Hinsicht sei das Konfords nach dem größten Theile seines Inhaltes. Es sei behauptet worden, daß die katholische Kirche nach Beträgen berechtigt sei, eine solche unabhängige Stellung dem Staate gegenüber einzunehmen; aber der Staat sei nicht verpflichtet, der kath. Kirche alles Das einzuräumen, was diese Kirche im Namen des Glaubens in Anspruch nehme, ohne daß der Staat hierüber eine Prüfung anstelle, und eben so wenig verlange es das positive Recht, daß die unversäuerlichen Rechte des Staates der Kirche überantwortet werden. Nach unserm positiven Recht habe der Staat von je her eine Mitwirkung bei der äußeren Organisation der Kirche ausgeübt, und immer habe der Staat der Kirche gegenüber sein Aufsichtsrecht zu üben. Das Konfords habe aber in allen Punkten der katholischen Kirche viel zu weit gehende Zugeständnisse gemacht, z. B. Strafvollziehung gegen Geistliche, Befugnisse der Schule gegenüber, die Konfessionen der kathol. Fakultät gegenüber. Das seien Zugeständnisse, welche von dem Standpunkt der Trennung der Gebiete von Staat und Kirche aus nicht gemacht zu werden brauchen. Der Redner wirft einen

Blick auf die Erläuterungen, welche die Regierung in den „Motiven“ gegeben, und sagt, daß nach diesen Alles im rosigsten Licht erscheinen würde, daß bei den einzelnen Zugeständnissen der Departementschef nach seiner Auslegung ganz einfach sage: dies sei unerheblich; die Möglichkeit eines Konflikts könne in menschlichen Dingen überhaupt nicht ausgeschlossen werden; oder werde eine Interpretation gegeben, von welcher es gar ungewiß sei, ob der andere Theil sie annehmen wolle; oder werde von der Regierung ein Widerspruch in Aussicht gestellt (bei Einführung von päpstlichen Orden), an welchen die Kurie gar nicht sich kehren werde; oder werden die Strafgeseze zum Schutz gegen Grenzverletzungen in Aussicht genommen, wogegen in Baden ganz ausdrücklich der Anspruch erhoben worden sei, daß die Unabhängigkeit und Freiheit des päpstlichen Amtes durch Strafgeseze nicht eingeschränkt werden dürfe. Ueberhaupt sei es eine leichte Sache, einen Vertrag zu interpretiren, wenn nur der eine Theil gehört werde. Gegenwärtig verhalte sich die Kurie ruhig und erhebe keine Einwendung; sei aber die Sache einmal im Reinen, hätte die Kurie einmal einen festen Rechtsboden erlangt, dann werde sie schon ihre Stimme erheben, dann gewiß werde sie dem Hrn. Departementschef eine Lektion geben, bei welcher die Haare zu Berge stehen werden. Durch das Konfords würde das Recht des Staates, welches in der Kirchenhoheit bestehe, ganz wesentlich geändert. Dazu gehöre notwendig die ständische Zustimmung. In einer Veräußerung von Hoheitsrechten sei die Regierung für sich allein in keiner Weise berechtigt.

Es fragte sich, welche Schritte die Landesvertretung zu ergreifen habe, um der Regierung bei ihren Maßregeln Einsprüche zu thun. Zuerst müsse eine Rechtsverwahrung ausgesprochen, dann die Forderung erhoben werden, daß die Regierung den Vertrag zurücknehme und es auch dem andern Kontrahenten gegenüber klar und offen ausspreche, sie könne den Vertrag nicht als rechtmäßig erkennen und aufrecht erhalten. Dies sei der einzige, offene und ehrenhafte Weg, um aus der Verwickelung herauszukommen, um den Konflikt zu lösen, jedenfalls ein besserer Ausweg, als die Erklärungen und Auslegungen, welche man vom Ministerium gehört habe. Die Kammer habe ein gutes Recht, und es sei nicht das erste Mal, daß sie zur Wahrung des Rechts sich erhebe; es werde ihr auch diesmal gelingen, getreu ihrem verfassungsmäßigen Eide, den Ansprüchen des Vaterlandes das unzertrennliche Wohl des Königs und des Vaterlandes zu wahren. (Lebhaftes Bravo.)

Wie ist: Für den Mehrheitsantrag, Uprafen, wie Montlunge, hierarchische Anmaßung, Hintersinn, Ultramontane, habe er zwar schon öfter in Broschüren gelesen; hier in diesem Saale hätten sie aber keinen Eingang finden sollen. Ein Wortredner habe gesagt, er kämpfe gegen Gewissenszwang um Gewissensfreiheit. Darum sollten sich doch die Protestanten nicht kümmern; die Katholiken wären selbst Mann genug, sich dessen zu erwehren, wenn es einmal dahin kommen sollte. Sarwey habe gesagt, daß die Stimmen Deutschlands hinter ihm stehen; er habe sie nicht gezählt. Das aber wisse er, daß 2/3 der Katholiken glauben, daß die katholische Kirche nicht zu ihrem guten Recht komme, wenn man der Konvention nicht zustimme. Der Redner wendet sich dann zur Rechtsfrage. Nach der gestern gehörten Erklärung des Ministers glaube er, daß man es mit einem Gegenstande zu thun habe, welcher nach seinem größten Inhalte ohne eine Vereinbarung gar nicht erledigt werden könne. Den besten Beweis könne man von Baden her nehmen: dort habe man ein Gesetz gemacht, und diesem Gesetz sei der Versuch von Vereinbarungen und Verständigungen auf dem Fuße nachgefolgt; die Landesherren, Kommissäre dort seien immer auf dem Wege nach Freiburg, und wenn man diese Verständigungen und Konventionen alle, zu welchen der Papst gewiß auch sein Wort sprechen werde, zusammennehme, so werde man nahezu wieder eine Konvention erhalten. Man habe gesagt, die Kirche sei eine württembergische Korporation und als solche zu behandeln. Allerdings sei sie eine solche in ihrem Zusammenhange mit dem Staat, aber in keiner andern Beziehung sei sie eine solche und könne also auch als solche nicht der Gesetzgebung unterthan sein, sonst würde sie zu einer Landeskirche heruntersinken. Der Redner wendet sich zu dem Antrag der Minderheit und sagt, wenn man in einem Gesetze alles Wesentliche der Konvention gebe, so könne er sich damit einverstanden erklären; wenn aber dies nicht gelinge, so sei man um keinen Fied weiter gekommen, die alten Zustände würden bleiben, der Episkopat würde mit seinen Ansprüchen kommen, und es würde nicht erreicht werden, was man erreichen wolle.

Sarwey ergriff als Referent das Wort gegenüber dem Vordredner, und sagt, wenn man verfassungstreu handeln wolle, so müsse man so handeln, wie in Baden.

Minister v. Linden: Diese Behauptung Sarwey's sei ein gründlicher Irrthum, indem unsere Lage und die Lage Badens in dieser Angelegenheit eine ganz verschiedene sei, und in Baden selbst anerkannt worden sei, daß man bei uns ganz korrekt gehandelt habe. Der Minister wendet sich nach diesen Worten zu der Angelegenheit des eigenen Landes. Er hätte sich die Möglichkeit nicht gedacht, daß durch die Konvention die protestantische Kirche, welche sich auf das große und schöne Prinzip der Glaubensfreiheit gründe, beunruhigt werden könne. Wo dieses Prinzip einmal festgewurzelt sei, da meine er, seien keine Gefahren mehr zu befürchten, glaube vielmehr, daß diese Freiheit jeden Kampf

werde bestehen können, ja sogar den Kampf wünschen werde. Nun sei das Eigenthümliche eingetreten, daß zu der Kirchenfreiheit auch die einschiedenen politischen Fortschritte gekommen, und diese Freiheiten bieten der Waffen so viele zur Bezeugung jedes konfessionellen Mißbrauchs, daß kaum zu begreifen sei, wie man diesen Freiheiten nicht vertrauen und vor mittelalterlichen Gesezen sich fürchten möge. Er habe gedacht, daß die Prinzipien, welche man auf dem Felde des Staatslebens als die richtigen erkenne, auch für das Gebiet der Kirche Anerkennung finden werden; in diesem Glauben sei er aber getäuscht worden, namentlich durch die Rede Duvernoys. Er, der Minister, müsse den Schmerz erleben (Heiterkeit), daß gerade dieser geehrte Hr. Abgeordnete gewissermaßen den Neigen anführe voll Mißtrauens, voll Argwohn, voll Kautelen gegen die Kirche, daß er bei dem Placet sich erklärt habe, als ob die Kirche allein sich nicht aussprechen dürfe, als wenn ihr Vormund es erlaube. Die Mißstände, fährt der Minister fort, über welche die Kirche zu klagen gehabt habe, seien gerade in den Punkten gelegen, welche die Konvention zu regeln suche, in der Berichtigung der Grenzlinie zwischen Staat und Kirche. Hier sei die Aufgabe ohne eine Verständigung, ohne ein Uebereinkommen gar nicht zu lösen; es sei ein vergebliches Bemühen der Staatsgewalt, diese Grenzlinie aus eigener Machtvollkommenheit zu ziehen. Um diese Frage handle es sich: wie diese gemeinschaftlichen Angelegenheiten, welche der wichtigsten Natur seien, zu regeln seien? Es handle sich aber nicht bloß von einer Geschäftsabtheilung, sondern von einem für die Moralität des Landes äußerst wichtigen, heiligen Prinzip. Dermalen könne es kommen, daß der treueste Priester so zu sagen der schlechteste Bürger werde; so solche Zustände für die Gewissen erträglich, für die bürgerliche Ordnung vortheilhaft sein können? Wenn solche Zustände vorhanden gewesen seien, so haben die Versuche zur Abhilfe gemacht werden müssen. Die Versuche seien seit längerer Zeit begonnen worden, aber die Konflikte seien dadurch erst recht zum Vorschein gekommen. Da habe man bei uns noch zur rechten Zeit den Moment ergriffen, um Unterhandlungen einzuleiten. Mit der im Jahr 1857 abgeschlossenen Uebereinkunft habe man geglaubt, zum Ziel zu kommen; aber der Bischof habe erklärt, daß man die letzte Entscheidung bei dem Papst holen müsse. So sei der Vertrag zu Stande gekommen, ein Uebereinkommen mit der katholischen Kirche, aber nicht ein Vertrag mit dem Papst als Oberhaupt des Kirchenstaates.

Zum Schluß spricht noch Prälat v. Mehring gegen die Konvention.

Adressdebatten des französischen Gesetzgebenden Körpers.

II.

Paris, 13. März. Der erste Redner in der gestrigen Sitzung ist Graf v. Segur-Lamoignon. Er spricht sich mit großer Heftigkeit gegen England aus, und sucht nachzuweisen, wie England Frankreich überall entgegengetrete und zu beeinträchtigen suche. Der Kaiser sagte zu den großen Staatskörpern, welche nach St. Cloud kamen, um ihn für den Abschluß des Friedens von Villafranca zu beglückwünschen: „Ich habe Frieden geschlossen, um mich der gefährlichen Mitwirkung der Revolution zu entziehen, und um einen allgemeinen Krieg zu vermeiden.“ Die Deputirten verließen St. Cloud, überzeugt, daß der Revolution Einhalt gethan werde. Aber diese Hoffnungen wurden grausam getäuscht. Piemont zeigte sich unter dem Einfluß Englands unanbar genug, um den Kaiser Lügen zu strafen. England sagte, den Demüthigungen gegenüber, welche ihm unsere Erfolge bereiteten, den Plan, die weltliche Macht des Papstes zu zerstören. Piemont diene als Werkzeug hierzu. Das Papstthum, fährt der Redner fort, ist geopfert, die italienische Einheit, diese englische und revolutionäre Erfindung, ist an die Stelle der Konföderation getreten, welche der Kaiser so öffentlich unterstützte. Es sind dies die bedauerenswerthen Resultate der Nichtintervention, nicht wie sie der Kaiser nach dem Frieden von Villafranca verhandelt, sondern wie sie England entwickelte und erweiterte. Die Expedition Garibaldi's nach Sizilien, die Abberufung unserer Flotte von Gavia, alles Dies beweist, daß der Wille Englands über den unrigen triumphirt. Englands alte Idee ist die Bildung großer Staaten an unsern Grenzen, und befindet sich einmal Frankreich zwischen Italien und einem einzigen Deutschland, so sind seine Grenzen nicht mehr sicher. Am besten läßt sich die Hand Englands in den Angriffen auf die Souveränität des Papstes erblicken. Als man kürzlich im Senat von der Unanbarkeit des Papstes gegen Frankreich sprach, debatte der ehrenwerthe Hr. Billault diesen Vorwurf, um ihn zur Annahme zu bringen, auch auf B. Emanuel aus. Was rieth Frankreich dem Papste und Piemont? Ersterem, er solle seine Rechte dem König von Piemont abtreten, und von letzterem verlangte es nur die Respektirung der Rechte Anderer. (Sehr gut!) Ein verweigerter Rath ist noch keine Unanbarkeit, währenddem B. Emanuel, dem wir seine Krone retteten, unsern Rathschlägen nachkommen sollte. (Sehr gut! sehr gut!) auf den nämlichen Bänken.) Ich werde niemals glauben, daß der Neffe Napoleon's I. zerstören lassen wird, was Jahrhunderte aufgebaut haben, und daß er der Revolution, Eng-

land einen Triumph verleihen werde. Hierauf entwickelt der Redner, wie England in Syrien, in Betreff des Suezkanals u. m. mit Frankreich fortwährend im Widerspruch stehe, ja selbst im Krimmefeldzug mit ihm im Widerspruch gestanden sei. Schließlich erklärt Hr. v. Segur-Lamoignon, daß dem Abgesandten Bestimmtheit und Energie in Betreff der italienischen Frage abgehe, und daß er sich jedem derartigen Amendement anschließen werde.

Platon erklärt, zuerst einige Worte an den Hrn. Staatsraths-Präsidenten richten zu müssen, welcher am Schlusse der gestrigen Sitzung die Beunruhigungen und Befürchtungen des Publikums bestritt. Diese Beunruhigungen läugnen, führt der Redner fort, heißt der Augenscheinlichkeit widersprechen. (Nein! nein!) Sie zeigen sich im Innern durch die Ausregung der Gemüther, den Mangel an Unternehmungsgeist und durch die Stodung der Arbeit; im Auslande durch die allgemeinen Rüstungen. Oesterreich, Deutschland, Preußen und selbst England rüsten, ungeachtet unserer Konzeptionen und der Aufopferung unserer Interessen. (Kärm.) In Italien waffnet man, als wenn man an dem Vorabende eines Bruches stände. (Eine Stimme: Frankreich hat davor keine Furcht.) Der Redner geht hierauf auf die Ereignisse in Italien über, und stimmt mit seinem Vorgänger überein, daß England Frankreich den Ruhm seiner Waffen nicht verzeihen könne. Er schildert die Ereignisse in Italien und sagt, daß die französischen Soldaten dem Sieger von Castelfidardo einen unauslöschlichen Brandstempel aufgedrückt haben. (Kärende Unterbrechung.) Die Thatsachen, welche ich anführe, werden wie eine frisch begangene Verletzung des Rechts, welches ein Schutz der Nationen ist, bleiben. (Beistimmung.) Ich empfinde einen bitteren Schmerz, den Repräsentanten eines der ältesten Häuser Europas, seinen Thron und seine Vorfahren durch so unsoziale Attentate kompromittirt zu sehen. (Der Präsident erklärt dem Redner, daß, wenn er nochmals die vorgeschriebenen Grenzen überschreite, er ihm das Wort nehmen müsse.) Hr. Platon schreibt England und Piemont das Unglück Franz II. zu, dessen Heroismus er in glänzenden Farben schildert. Auf Frankreich, sagt der Redner, ruht der Vorwurf, Alles geduldet und sich unter den Willen Englands gebeugt zu haben, und ich weise die Erklärungen im Namen meines Landes zurück, welche man uns in Betreff dieser unerklärlichen Nachgiebigkeit geben will. Ich hoffe jedoch, daß eines Tages das Geheimniß offenbart wird und eine weit-sichtigerer Politik die Verluste, welche Frankreich durch die gegenwärtige Politik in Piemont erlitten hat, wieder gut machen wird. (Aufregung.)

Nach einer längeren Auseinandersetzung der unbegreiflichen Haltung Frankreichs in Italien bemerkt der Redner, daß die italienische Einheit nur ein Traum sei, der im Widerspruche mit den Traditionen und dem Geiste der italienischen Bevölkerung stehe; durch Gewalt könne sie wohl verwirklicht werden, aber nicht von Dauer sein. Piemont sei von allen Völkern auf der ganzen Halbinsel das am wenigsten italienische. Hr. v. Cavour, welcher Piemont personifizire, spreche nicht einmal korrekt italienisch. (Allgemeines Gelächter.) Die italienische Einheit, ein Wunsch Englands, sei außerdem eine Gefahr für Frankreich, und unbegreiflich bleibt es, fährt der Redner fort, daß Frankreich etwas Derartiges unterstütze. Weder die Republik, das erste Kaiserreich, die Restauration, noch die Juli-Regierung hätten eine solche Politik befolgt. (Verschiedene Stimmen: Nein! nein! Emil Olivier: Um so schlimmer!)

Platon: Die neue Lehre will die Völker derselben Race und derselben Sprache unter einen Szepter vereinigen: italienische Einheit, deutsche Einheit, slavische Einheit. Frankreich, von 25 Millionen Italienern, 50 Millionen Deutschen und 120 Millionen Slaven umgeben, würde sich in einer sehr ernsten Lage befinden. Ich bedauere die gegen Oesterreich gerichteten Angriffe; es ist für Europa von großem Interesse, daß Oesterreich eine Macht ersten Ranges bleibt. Oesterreich muß das Uebergewicht in Italien behalten. Was Oesterreich verliert, schwächt auch uns; Preußen und Rußland sind es, die dadurch gewinnen. Ich hoffe, daß der junge Souverän Oesterreichs siegreich aus der gegenwärtigen Krise, in welcher sein Reich unterzugehen droht, hervorgehen wird. Ich halte eine Allianz Frankreichs mit den Völkern der lateinischen Race für eine Illusion. Frankreich hat in Italien ein bedeutendes moralisches und religiöses Interesse, ein Interesse, dessen Einfluß durch die Einheitsidee kompromittirt wird. Die weltliche Macht ist dem Papste, als Garantie seiner Unabhängigkeit, unumgänglich notwendig. Frankreich bedarf der Mithilfe des religiösen Einflusses. Die Revolution verfolgt ihren Weg und befindet sich Rom und Venedig gegenüber. Wird die Regierung Rom aufgeben? Das hieße der revolutionären Politik beitreten; es hätte die italienische Einheit bald darauf die deutsche und slavische Einheit zur Folge; es wäre dies ein unvermeidlicher Krieg, und zwar unter den unvortheilhaftesten Bedingungen. Der Name Napoleon III. ist heutzutage für Europa eine Quelle des Mißtrauens. (Ausrufe; verlängerter Kärm.)

Minister Baroche: Ich verlange das Wort!
Platon: Ein Angriff gegen Venedig wäre vielleicht das Signal zu einer neuen Union Europas gegen uns (Agitation). Der Präsident: Man glaubt nicht in einer französischen Kammer zu sein!

Königswarter: Diese Rede wird in dem zukünftigen Oesterreichischen Parlament mit Beifall aufgenommen werden.

Platon: Im Gegentheil, die Rückkehr zur Politik von Villafranca heißt Italien der Ordnung und Freiheit gemäß wiederherstellen. Es bedarf einer Föderation in Italien, alles Andere führt zum Krieg. Piemont soll in seine Grenzen zurückkehren. (Aufregung. Genug! genug! Weitersprechen!) Die Intervention Englands wird ohnmächtig sein. Victor Emanuel suche das päpstliche Vertrauen wieder zu gewinnen und Alles wird beigelegt sein. Das Papstthum ist dem Fortschritt nicht entgegen. (Neue Aufregung.) Das Land bedarf der Ruhe. Die Regierung komme auf ihre erste Politik in Italien zurück. Man treibe nach dem Frieden und weise die Eroberungspolitik zurück.

Baroche erhebt sich mit aller Kraft und Entrüstung gegen die unerhörten heftigen Angriffe auf eine Regierung, welche seit zehn Jahren das Glück und den Ruhm Frankreichs sei. Er glaube, die französische Regierung sei noch nie in England und Oesterreich so angegriffen worden, wie gestern und heute in einer französischen Kammer. Der Redner nimmt nun die Vorwürfe und Anschuldigungen, welche der kaiserl. Politik gemacht werden, einzeln vor, und sucht sie in derselben Weise zu widerlegen, die er und Hr. Villault bereits im Senate zu verschiedenen Malen vorgebracht haben. Bemerkenswerth ist in seiner Rede höchstens der Schluß, welcher die Frage, ob Frankreich die Einheit oder die Konföderation Italiens wolle, offen läßt. Die Konföderation, sagt er, sei nicht vollzogen worden, die Einheit sei beinahe eine Thatsache geworden. Aber in Gegenwart einer Thatsache, die noch kein Recht sei, die ihr letztes Wort noch nicht gesprochen, werde man der Weisheit und der Zurückhaltung einer Regierung Beifall sollen die sich in diesem Augenblicke über die Frage der Einheit oder der Konföderation nicht aussprechen (!). Vielleicht sei, wie Hr. Villault im Senate gesagt, die Konföderation die Lösung der Zukunft. Die Regierung mache aber keinen Anspruch darauf, die Zukunft vorherzusagen oder für sie Verbindlichkeiten zu übernehmen.

In Bezug auf die von Hrn. v. Flavigny erbetene Auskunft über die im Senat gehaltene Rede des Prinzen Napoleon entgegnet Hr. Baroche, unter Berufung auf den früheren parlamentarischen Brauch, daß man in der einen Kammer nicht die in der andern gehaltenen Reden in die Debatten ziehen könne. Die, welche man angreife, müßten, um sich zu verteidigen zu können, anwesend oder durch Jemanden vertreten sein. Dies sei aber für die „hohe Persönlichkeit“, deren Worte Hr. v. Flavigny kritisiere, nicht der Fall.

Der darauf folgende Redner, Hr. Keller, sprach in demselben Sinne wie die Hh. Platon und Kolb-Bernard. Hr. Keller drückte namentlich sein Erstaunen aus, daß der Minister die Interpellation des Grafen Flavigny unter dem Vorwande unbeantwortet ließ, daß die Rede des Prinzen Napoleon im Senate gesprochen wurde. Es handelt sich nicht um diese Rede, bemerkt Hr. Keller, sondern um die in den 40,000 Gemeinden Frankreichs angeschlagene bekannte Depesche des Hrn. v. Flavigny. Hr. Villault erwiderte und die Generaldiskussion schloß mit der Sitzung.

Paris, 14. März. (Sch. M.) In der gestrigen Sitzung des Gesetzgebenden Körpers griff Keller die Politik der Regierung an, welche die Vollziehung des Testaments Orsini's sei. Er behauptet, die Politik der Regierung sei weder offen revolutionär, noch offen konservativ, und wünscht, die Regierung soll gegen die Revolution marschiren und zur Politik von Villafranca zurückkehren. Minister Villault protestirt gegen die gebrauchten Ausdrücke, daß Frankreich vor Feiglingen und Mördern zurückgewichen sei, tadelt solche Heftigkeit, und verteidigt die Politik der Regierung.

Deutschland.

Karlsruhe, 14. März. Unsere Leser machen wir aufmerksam, daß nach einem eben veröffentlichten bezog. braunschweigischen Gesetze vom 26. Febr. 1861 zum Umtausch der von der herzog. braunschweigischen Leihhausanstalt in Stück von 1 Thlr., 5 Thlrn. und 20 Thlrn. ausgegebenen Bank- und Darlehens-Bankscheine ein letzter Termin bis zum 1. August 1861 festgesetzt worden ist, nach dessen Umlauf solche ihre Gültigkeit verlieren. Der Umtausch gegen neue Kassenscheine von 1 Thlr. und 10 Thlrn. oder nach Wahl auch gegen Baarzahlung kann bei einer der herzog. Leihhausstellen zu Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt, Blankenburg, Sandersheim und Holzminde geschehen.

Bruchsal, 13. März. Dem eifrigen Zusammenwirken aller verschiedenen Gerichtsbehörden ist es gelungen, daß der erst am 9. Febr. l. J. gegen Hrn. Baurath Stimm zu Karlsruhe verübte Mordversuch schon am 9. l. M. von der groß. Anklagekammer dahier vor das Schwurgericht verwiesen wurde, so daß diese Anklage gegen den Eisenbahn-Berkschreiber Michael Frey von Freiburg, wegen Mordversuchs, am 27. und 28. l. M. vor dem hiesigen Schwurgerichte zur Verhandlung kommen wird, was gewiß ein Beweis für die Raschheit der badischen Rechtspflege ist.

Wannheim, 11. März. (Sch. M.) Trotz der Herabsetzung der Rheinschiffe geht es, wie dies wohl vorauszusetzen war, mit der Schifffahrt noch immer sehr schwach, namentlich bei der Thalfahrt. Was von hier und weiter oben noch ziemlich geht, sind Kartoffeln, die am Derrhein zu 1 fl. 45 kr. per Zentner zu haben sind; da ein großer Vorrath vorhanden ist, steht noch eine weitere Preisverminderung in Aussicht.

Mannheim, 13. März. Das heute früh in Liverpool von New-York eingetroffene Dampfschiff „Queen“ hat nach so eben hieher gelangten telegraphischen Depeschen die Nachricht mitgebracht, daß im Senate der Vereinigten Staaten die Zolltarifbill mit Verwerfung aller Amendements angenommen und am 28. Februar durch den Präsidenten Buchanan unterzeichnet wurde. Die Zweifel und Muthmaßungen, Hoffnungen und Befürchtungen sind nunmehr beseitigt und zu Thatsachen geworden. Es darf diese Maßregel als eine Katastrophe nicht nur für den Tabakbau und die Cigarrenindustrie der Pfalz, sondern für den Handel und die Industrie des ganzen Königreichs betrachtet werden, und die französische und englische Fabrikthätigkeit ist nicht minder dabei benachtheiligt, als der deutsche Export. Eine bittere, mit materiellen Verlusten verknüpfte Täuschung werden Diejenigen erfahren, welche glauben, der Tarif werde erst bei den Waaren in Anwendung gebracht, welche mit dem Tage von dessen Bekanntwerden noch nicht an den Seeplätzen verschifft sind. Es wurden daher in jüngster Zeit noch manche Versendungen bewerkstelligt. Nun erfahren wir aber, daß Dem nicht so sei.

Rehl, 12. März. Der gestrigen kurzen Anzeige über das günstige Ergebnis der Belastungsproben, denen

die neue Eisenbahn-Brücke über den Rhein unterzogen wurde, lassen wir hier eine weitere Mittheilung folgen. Die Brücke, deren Baupläne von dem groß. Oberbauath Keller entworfen wurden, überspannt den Rhein mit einer Länge von 800 Fuß; sie theilt sich bekanntlich in eine auf vier steinernen Pfeilern ruhende eiserne Gitterbrücke, und in zwei an den beiderseitigen Ufern befindliche Drehbrücken von Eisenblech, welche bei hohen Wasserständen die ungehinderte Schifffahrt ermöglichen. Die Gitterbrücke und die Drehbrücken sind durchgehends für zwei Eisenbahn-Gleise mit zwei außerhalb der Wände angebrachten Fußwegen hergestellt. Nach getroffener Vereinbarung war die Brücke auf gemeinschaftliche Kosten der badischen Staatskasse und der französischen Ostbahn-Gesellschaft, und darum auch gemeinschaftlich auszuführen. Man vereinigte sich dahin, daß der gelammte Unterbau (Pfeiler und Widerlager) unter unmittelbarer Leitung der Ingenieure der französischen Ostbahn, der ganze Oberbau dagegen (Gitter, Portale, Drehbrücken u.) unter Leitung badischer Ingenieure hergestellt werde. Die Bauarbeiten haben im Monat Oktober 1858 begonnen. Die Gründung der Pfeiler geschah in der schon früher ausführlich mitgetheilten Weise mittelst Versenkung eiserner Kasten durch einen französischen Affordanten (Castor (einen gebornen Mainzer) auf eine Tiefe von ca. 20 Meter unter Niedrigwasser. Die Aufmauerung der Pfeiler und der Widerlager führte Bauunternehmer Wegner aus Straßburg aus. Das feststehende Eigengitter ist aus dem Werke von Benkiser in Pforzheim hervorgegangen, welcher auch die Anfertigung und Aufstellung der beiden Portale übernommen hat. Die beiden Drehbrücken wurden in der Fabrik des Baron Renouard de Puffiere in Grafenstaden bei Straßburg unter der Leitung des Fabrikdirektors Mchmer (eines gebornen Karlsruheers) angefertigt. Das Gewicht der Gitterbrücke beträgt 24,000 Zentner, jenes der beiden Portale 5000 Zentn., und das der beiden Drehbrücken sammt Mechanismus 16,800 Zentner. Der Gesamtaufwand der Brücke soll sich nach neuesten Berechnungen auf ca. 3 Millionen Gulden belaufen, wovon, wie schon erwähnt, Baden die Hälfte zu tragen hat.

Nachdem nun die Brücke zur Benützung mittelst Lokomotiven hergestellt ist und zu ihrer Vollendung nur noch der Ausbau der Portale und andere kleinere Arbeiten erforderlich sind, hat die badische Bauverwaltung gestern in Gemeinschaft mit den Vertretern der französischen Ostbahn-Gesellschaft in Anwesenheit vieler badischen und französischen Ingenieure von Morgens 11 Uhr bis gegen Abend Belastungsproben vorgenommen, zu welchen 12 badische Lokomotiven, mit einem Gesamtgewicht von 8672 Zentn., und 30 mit Steinen und Kies angefüllte Transportwagen, mit einem Gewicht von 5040 Zentn., im Ganzen also eine Last von 13,712 Zentn., verwendet wurden. Sämmtliche Lokomotiven nahmen eine Länge von 497 Fuß ein.

Der erste Versuch wurde mit 5 Lokomotiven auf dem südlichen Gleise, der zweite mit 1 Lokomotive und 15 Steinwagen, durch längere Belastung der Mittelöffnung desselben Gleises, gemacht. Bei dem dritten Versuch wurden 5 Lokomotiven auf das südliche Gleise der badischen Drehbrücke gestellt; sodann wurde die Mittelöffnung des nördlichen Gleises mit 1 Lokomotive und 15 Kieswagen belastet. Die letztere Belastung dauerte 15 Minuten. Bei diesen Belastungen betrug die Einlenkung zwischen 3 und 4 Linien. Nach Abnahme der Belastung wurde die Senkung wieder vollständig aufgehoben.

Als sodann 2 Jüge von je 6 Lokomotiven in gleicher und entgegengesetzter Richtung über die Brücke fuhren, zeigte sich an den Gitterwänden eine Senkung von nahezu 6 Linien und an den Drehbrücken eine solche von 2—3 Linien. Bei einer sodann erfolgten fünfminütigen Belastung der Gitterbrücke mit sämtlichen Lokomotiven und Steinwagen ergab sich eine Senkung bis zu 4 Linien, welche nach Abnahme der Last wieder verschwand.

Dies Ergebnis konnte nach allen Seiten hin nur die größte Befriedigung erregen; da die meisten in- und ausländischen Brücken von ähnlicher Konstruktion bei Proben mit geringerer Belastung größere Einlenkungen erlitten, ohne daß dadurch deren Solidität einem Zweifel unterworfen werden kann.

Dem Vernehmen nach soll im Laufe dieses Monats noch ein weiterer Belastungsversuch durch Kommissäre der beiderseitigen Regierungen vorgenommen werden, worauf die feierliche Eröffnung der Eisenbahn zwischen Rehl und Straßburg in den ersten Tagen des Monats April stattfinden dürfte.

Stuttgart, 13. März. Die Kammer der Ständeherren trat heute der Adresse der Kammer der Abgeordneten in Betreff des Staatsvertrags mit Baden über die Pforzheim-Mühlacker Bahn bei und ist die Sache somit definitiv erledigt.

Leindau, 13. März. (M. Z.) Während des gestrigen Tages wurden hiesigem Seegevierte mehrere Gegenstände, die sich auf dem verunglückten Boot „Ludwig“ befanden, zugeschwemmt. Die Tiefe der Unglücksstätte beträgt mehrere hundert Fuß, und Versuche zur Hebung derselben mit Schwierigkeiten verbunden sein. Bis zum letzten Augenblicke, ehe das Schiff sich in die Tiefe senkte, erlangen die Röhre der Schiffsglocke; sie sollten für die Hilfsjuchenden zum Grabgeläute werden. Die geretteten Personen hatten während einer Fahrt von mehr als 5 Stunden bei Sturmgetöse und Dunkelheit der Nacht eine peinliche Lage. Der Kahn schlug zu östern Malen um; die abgeschwemmten Gegenstände des Boote, unter andern die Pferde und Viehstücke, trieben an dem Kahn vorüber. Umweit Horkisch vermochten die Heimgesuchten schwimmend das Land zu erreichen. An Frucht gingen 250 Sacke zu Grunde, auch Transitogeter. Das Schiff ist auf mehr als 40,000 fl. gewerthet.

Leindau, 13. März. (M. Z.) So weit sich heute die Ursachen des vorgestriegen Unglücks, des Untergangs des Dampfsbootes „Ludwig“, überblicken lassen, dürften zur Veranlassung der Katastrophe die in Folge der äußerst stürmischen Witterung eingetretenen veränderten Fahrkurve der Dampfsboote, sodann die in den Abendstunden bei heftigem Schneewehen für Momente hervorgerufene Verfinsternung hauptsächlich beigetragen

